

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Petra Wimmer, Christian Oxonitsch,
Genossinnen und Genossen

betreffend **erweiterter Beobachtungszeitraum für das Erfordernis der Erwerbstätigkeit
beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld**

eingbracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Ausschusses für Familie und Jugend über den
Antrag 3753/A der Abgeordneten Norbert Sieber, Barbara Neßler, Kolleginnen und Kollegen
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kinderbetreuungsgeldgesetz geändert wird (2396 d.B.)

Um das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld (ea KBG) zu beziehen, müssen
angehende Eltern - neben einer Reihe weiterer Anspruchsvoraussetzungen - nachweisen,
dass in den 182 Kalendertagen vor der Geburt des Kindes bzw. unmittelbar vor Beginn des
absoluten Beschäftigungsverbotes, eine in Österreich kranken- und
pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit ununterbrochen ausgeübt wurde.
Unterbrechungen wirken sich nur dann nicht schädlich auf den Bezug des ea KBG aus,
wenn sie nicht länger als 14 Tage dauern.

Diese spezielle Anspruchsvoraussetzung für den Bezug des ea KBG wird auf Grund von
Veränderungen am Arbeitsmarkt (z.B. COVID-19-Krise, Digitalisierung, Prekarisierung) für
viele Eltern zu einem Problem. Die Corona-bedingte massive Steigerung der Arbeitslosigkeit
in Österreich führte dazu, dass die ununterbrochen ausgeübte kranken- und
pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit während 182 Kalendertagen vor der Geburt
nur schwer erreicht werden konnte. Ein wachsender Anteil der Arbeitnehmer:innen ist in
instabilen, befristeten und prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Sie sind in hohem
Maße von Kündigungen, Insolvenzen des Arbeitgebers, Job-Wechsel u.ä. betroffen, was
dazu führt, dass das Erfordernis einer zumindest 182-tägigen ununterbrochenen
Erwerbstätigkeit nicht erfüllt wird.

Um die Situation von jungen Familien und werdenden Eltern zu erleichtern wird daher
vorgeschlagen, statt des Erwerbstätigkeitserfordernisses von 182 Tagen unmittelbar vor der
Geburt bzw. unmittelbar vor Beginn des absoluten Beschäftigungsverbotes, einen
erweiterten Beobachtungszeitraum von einem Jahr vorzusehen. Innerhalb dieses
Beobachtungszeitraums müssen ArbeitnehmerInnen insgesamt 182 Tage beschäftigt sein,
um Anspruch aufs ea KBG zu haben.

Darüber hinaus sind die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die eine
unionsrechtskonforme Gleichstellung des Krankenstandes unabhängig von der Dauer mit
der Ausübung einer Erwerbstätigkeit herstellen (in Analogie zum EU-Recht, wie im
Beschluss der Verwaltungskommission zur Auslegung der EU-Verordnung 883/2004 Artikel
67 und Artikel 68 dargelegt).

Diese Maßnahme versteht sich als krisenfeste Familienpolitik - Väter, Mütter und Kinder
profitieren davon gleichermaßen.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien im Bundeskanzleramt wird aufgefordert, dem Nationalrat die gesetzlichen Grundlagen zur Beschlussfassung vorzulegen, die sicherstellen, dass im Zusammenhang mit dem einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld statt des Erwerbstätigkeitserfordernisses von durchgängig 182 Tagen unmittelbar vor der Geburt bzw. unmittelbar vor Beginn des absoluten Beschäftigungsverbotes eine Erweiterung der Beobachtungsfrist auf ein Jahr, innerhalb der das Erfordernis einer 182-tägigen Beschäftigung (nicht zusammenhängend) erfüllt werden muss, vorgesehen wird. Darüber hinaus ist eine EU-rechtskonforme Ausgestaltung des Kinderbetreuungsgeldgesetzes erforderlich, die einen Krankenstand unabhängig von der Dauer mit der Ausübung einer Erwerbstätigkeit gleichstellt.“

Gebo Winau
(P. WIDMER)

Alte K
(KOLLER)

HOLZLEITER

Andreas
OXENSTEIN

Y. J. P.
(KOLLER)